

23.10.96

Antrag I

Das StuPa möge folgende Resolution beschließen:

"Die Hessische Landesregierung sieht in ihrem Haushaltsentwurf 1997 die komplette Streichung der Essenspreis-Zuschüsse für die Studentenwerke (in Höhe von 14 Mio. DM) vor. Dies wird zur Folge haben, daß entweder die Essenspreise um 2,20 DM pro Essen steigen oder die Sozialbeiträge der Studierenden in Darmstadt um etwa 70 DM erhöht (also verdoppelt) werden. In jedem Fall wird Studieren dadurch teurer, was insbesondere einkommensschwache Studierende treffen wird.

Im Zusammenhang mit der geplanten Änderung des Studentenwerk-Gesetzes, in der die Festsetzung der Sozialbeiträge durch die Studentenwerke selbst - und nicht wie bisher durch das Ministerium für Wissenschaft und Kunst - vorgesehen ist, entsteht der Eindruck, daß sich das Land Hessen weiter aus der Verantwortung und Finanzierung der Bildung an Hochschulen zurückzieht.

Die Studierenden werden durch Sparmaßnahmen von Bund und Land (z.B. durch die Verschlechterung der BAföG-Leistungen und die Ausweitung der Rentenversicherungspflicht) in sozial unverträglicher Weise finanziell belastet.

Wir fordern daher die Rücknahme der geplanten Kürzungen."